

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

163 (17.7.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassier monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. beginn. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 7/8-11 und 2-4/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für gedr. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### Die „Planwirtschaft“.

Von Rudolf Wissell.

In der Öffentlichkeit umstritten und doch den Arbeitern noch wenig zum Verständnis gekommen, sind die an das Wort „Planwirtschaft“ geknüpften Pläne des Reichswirtschaftsministeriums. Für das Kabinett sind sie akut geworden durch zwei der Nationalversammlung vorliegende Interpellationen, die von der Regierung Auskunft verlangen, ob sie sich diese Pläne zu eigen macht. Bei der Unklarheit über diese Pläne erscheint es mir angebracht, ihre Hauptzüge kurz darzustellen.

Der Angelpunkt der Pläne des Reichswirtschaftsministeriums ist die gemeinwirtschaftliche Organisation, d. h. die Schaffung eines wirtschaftsorganisatorischen Aufbaues der ganzen deutschen Wirtschaft in Selbstverwaltungskörper und einem als Ueberbau gedachten Reichswirtschaftsrat. Das ist das, was man kurz gesagt, mit dem von mir nicht erfundenen Worte Planwirtschaft bezeichnet.

Aus welchen Erwägungen ist nun das Reichswirtschaftsministerium zu diesen Gedanken gekommen? Um es zu verstehen, muß ich in aller Kürze die außenpolitische und wirtschaftliche Lage Deutschlands schildern, wie sie zur Zeit besteht:

Unsere Vorräte sind erschöpft, die Viehbestände auf ein bedenkliches Maß herabgesunken. Das Verkehrsleben befindet sich in einem Zustand chronischer Erschöpfung. Die Kohlenproduktion nimmt ab statt zu. Wir stehen vor der Katastrophe des Verlustes wichtiger Teile des deutschen Wirtschaftsgebietes. Der Verlust der Ostmark und der Westmark verringert die Lebensmittellieferung der städtischen Bevölkerung ganz wesentlich. Durch den Verlust Ob- und Rothringens und des lügenburgischen Wirtschaftsgebietes ist unsere Stellung auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlindustrie, der Textilindustrie und der Kallindustrie erheblich geschwächt.

Auf diesem verelerten und verarmten Deutschland lastet das ganze Schwerkriegsgewicht der kriegsbeschädigten- und hinterbliebenenfürsorge, der sonstigen inneren Kriegsschuld und der Auslandsverschuldung. Ganz abgesehen von dem, was uns der Frieden an neuen Lasten auferlegt hat, schulden wir schon dem Ausland rund 20 Milliarden Mark. Wir werden neue Schulden aufnehmen müssen, um die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe einführen zu können. Nach einer vom Reichswirtschaftsministerium gemachten Aufstellung gebrauchen wir für die nächsten 2 Jahre für zirka 40-50 Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel. Zuguswaren sind dabei nicht in Ansatz gebracht.

Wie wollen wir aus dieser Situation herauskommen? Wir können es nur, wenn wir alle Kräfte aus äußerster Zusammenfassung, wenn wir unbedingteste Sparsamkeit in Verbrauch wahren lassen und unsere Produktivität haben, soweit es nur irgend möglich ist. Es ist eine ganz unmögliche Vorstellung, daß wir auf dem Boden des freien Spiels der Kräfte die von uns zu lösenden Probleme lösen können. Von selbst kann auch die zusammengestürzte Wirtschaft nicht wieder wachsen. Wir können die Wirtschaft aber auch nicht, so wie es die Pläne der Unabhängigen vorsehen, zwingungsweise und schematisch in ihren verschiedenen Zweigen durch Zwangsmaßnahmen des politischen Staates zusammenfassen. Wollen wir zu einer organischen und den Interessen der Gesamtheit gerecht werdenden Zusammenfassung kommen, dann müssen wir uns der aus den Bedürfnissen des praktischen Lebens gebildeten Organisationen bedienen. Diese Organisationsformen durchdringen unser ganzes Wirtschaftsleben. Sie gliedern sich nach den Hauptzweigen unseres Wirtschaftslebens. Sie sind gebildet von den Arbeitern und von den Unternehmern. Die Bedürfnisse des Lebens haben die beiderseitigen Organisationen auch dazu geführt, sich in Arbeitsgemeinschaften zusammenzufinden, um den Gesamtinteressen des einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweiges gemeinsam gerecht zu werden. Hier will das Reichswirtschaftsministerium anknüpfen; diese Organisationen sollen das Knochengestütz unserer neuen Wirtschaft werden. Sie sollen nicht nur aus den eigentlichen Produzenten (Unternehmern und Arbeitern), sondern auch aus den Verbrauchern und den zwischen diesen beiden die Vermittlung bildenden Kaufleuten zusammengesetzt sein. Es läßt sich nicht im voraus sagen, wie der einzelne Wirtschaftszweig organisiert sein soll. Jedes Gewerbe ist verschieden. Man kann ihm keinen Zwang antun. Seiner Eigenart entsprechend muß daher die Organisationsform gestaltet werden. In dieser so zusammengefaßten Wirtschaft sollen die Wirtschaftler selbst das entscheidende Wort führen. Der Staat soll nicht mit seinen, ich habe es an anderer Stelle schon einmal gesagt, plumpen Händen in das feine Gewirre der Lebensfragen und deren Wirtschaftszweigen hineingreifen. Er würde damit nur Verwirrung anrichten. Der Staat soll sich nur das Recht der Kontrolle und, wo es nottut, auch ein im Interesse der Gesamtheit erforderliches Eingreifen vorbehalten.

Was das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums will, ist also nicht mehr und nicht minder die zu Gunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft. Man kann sagen, daß das im wesentlichen nichts anderes ist, als das, was wir bisher unter dem Namen Sozialismus verstanden haben. Nur ist

das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht berührt, schließt aber keineswegs die Vergesellschaftung der dazu reifen Betriebe aus. Für eine solche planmäßige Wirtschaft ist das noch nicht abgegriffene Wort „Gemeinwirtschaft“ gebraucht worden. Eduard Bernstein sagt in seinem Flugblatt „Was ist Sozialismus?“, daß die Hauptgabe bei der Vergesellschaftung sei, die Produktion des Wirtschaftslebens unter die Kontrolle der Allgemeinheit zu stellen. Die „Planwirtschaft“ des Reichswirtschaftsministeriums will nun die Produktion des Wirtschaftslebens nicht nur unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen, sondern sie auch, wie ja selbstverständlich, wirklich planmäßig gestalten. Es soll das ganze Wirtschaftsleben erfasst werden und nicht, wie es bei einer Beschränkung auf die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe eines besonders wichtigen oder mehrerer Teile des Wirtschaftslebens der Falle sein würde, das übrige Gebiet des Wirtschaftslebens von der zugunsten der Allgemeinheit erfolgenden Beeinflussung frei bleiben. In einem demokratischen Land kann nicht das Wirtschaftsleben von der Demokratie frei bleiben. Demokratie heißt freie Verwaltung und Bestimmung durch das Volk selbst. Sieht aber auch zugleich Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit. Selbstbestimmung des einzelnen Wirtschaftlers — das ist Willkür —, sondern Selbstbestimmung aller im Wirtschaftsleben Tätigen, also ihrer Gesamtheit. Zu ihr gehört auch die Arbeiterkammer. Ihr fehlte bisher die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben. Sie soll ihr nicht nur im einzelnen Betriebe durch die Betriebsräte, für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet in den Bezirksräten und für das Reich im Reichswirtschaftsrat gewährt werden, sondern auch in der Gesamtleitung des einzelnen Wirtschaftszweiges von unten bis zur Spitze deselben.

Eine rein regionale Vertretung des Wirtschaftslebens kann den berechtigten Interessen weder der Arbeiterkammer noch der Gesamtheit des Volkes gerecht werden. Bei einer sachlichen Organisation unseres Wirtschaftslebens, geledert nach den Hauptzweigen deselben, kann in einem Reichswirtschaftsrat die gebührende Vertretung dieses Wirtschaftsgebietes erreicht werden. Aber auch nur bei einer solchen Vertretung, denn bei einer lediglich regionalen Vertretung hängt es von mehr oder minder großen Zufälligkeiten ab, ob jeder Wirtschaftszweig die gebührende Vertretung in der obersten Spitze der wirtschaftlichen Vertretung finden würde. Neben den regionalen Trägern eines Reichswirtschaftsrats müssen also auch sachliche Träger deselben geschaffen werden. Dem strebt das Reichswirtschaftsministerium auch des weiteren zu.

Im Rahmen eines einzelnen Artikels kann natürlich nicht auf die Einzelheiten des wirtschaftsorganisatorischen Planes des Reichswirtschaftsministeriums eingegangen werden. Es gilt hier ja nur den hauptnächsten Grundgedanken einmal klarzustellen. Es scheint mir, daß er sich mit zwingender Notwendigkeit aus der Lage der ganzen Wirtschaft heraus ergibt.

Diese Pläne stehen durchaus im Einklang mit den von uns als Sozialdemokraten in früherer Zeit geforderten Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir haben damals mit Recht gegen das wilde Gegeneinander und Durcheinander unserer Wirtschaft unsere Stimme erhoben und die in unserem Wirtschaftsleben herrschende Anarchie bekämpft. Unsere Forderung richtete sich stets auf einen organisatorischen Zusammenbau aller Industriezweige eines einheitlichen Wirtschaftslebens. Nach Marx ist ja die Konzentration der Betriebe die Vorbedingung einer sozialistischen Regelung. Mehr denn je ist die Zusammenfassung unserer Wirtschaft auch auf den Gebieten, wo sie durch die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht herbeigeführt worden ist, geboten. Wenn sie erfolgt unter gleichberechtigter Beteiligung der Arbeiter und der für den einzelnen Wirtschaftszweig in Betracht kommenden Verbraucher und der zwischen Produzenten und Verbrauchern stehenden, wenn zugleich in gemeinwirtschaftliche Bahnen gelenkt wird, d. h. die Interessen der Gesamtheit durch die schon oben erwähnte Kontrolle und dem möglichen Eingriff des Reichs sichergestellt wird, dann ist damit ein ganz wesentlicher Fortschritt erreicht worden.

### Günstige Friedensbedingungen für Bulgarien.

Bern, 16. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß die Friedensbedingungen für Bulgarien insofern eine gewaltige Ueberraschung hervorgerufen werden, als den Bulgaren im Gegenzug zu ihren früheren Verbindlichkeiten sehr günstige Bedingungen auferlegt werden. Die „Liberé“ behauptet, daß Bulgarien seinen alten Besitzstand von 1913 erhalten solle. Dieser Umkehrung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Griechenland und Serbien ihre ursprünglichen Forderungen erheblich gemindert haben, um neuen Konfliktsstoff zu vermeiden. Wie es heißt, wollen Griechenland und Serbien enge freundschaftliche Beziehungen zu Bulgarien herstellen. Aus Wien und Sofia wird bereits gemeldet, daß zwischen den drei Staaten Verhandlungen zur Errichtung eines neuen Balkanbundes eingeleitet wurden, die einen günstigen Verlauf nehmen. Hierbei handelt es sich vornehmlich um ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten, während in politischer Hinsicht jeder Staat volle Unabhängigkeit be-

hält. Den Anlaß zu den neuen Bündnisverhandlungen hat die Besorgnis gegeben, daß eine oder mehrere Großmächte sich auf dem Balkan ein wirtschaftliches oder politisches Übergewicht sichern können, wenn die in Betracht kommenden kleinen Mächte sich nicht zu einem Block zusammenschließen.

### Zur Lage in Italien.

Rotterdam, 15. Juli. „Dails Telegraph“ meldet aus Mailand: Die Auflehnung des Volkes gegen die Teuerung der Lebensmittel, die heftige Unruhen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, haben Italien in eine schwierige Lage gebracht. In Hunderten von Städten fehlt es an Vorräten. Die Regierung bemüht sich eifrig, die Lage zu beherrschen. In sämtlichen Dörfern und Städten sind die Magistrats Tag und Nacht damit beschäftigt, eine Lösung für das schwierige Problem zu finden. Die sozialistischen Organisationen sind gegen die Herabsetzung der Löhne. In ganz Italien kann man kein Paar Schuhe mehr kaufen. Alle Schuhläden sind ausgeraubt oder leer geplündert. In den Stoffen und Schankwirtschaften von Mailand kann man kein Bier bekommen, da die Wirte sich weigern, das Bier zum halben Preis zu verkaufen. Die Kleidermacher weigern sich, Anzüge zuzuschneiden, da die Arbeiterlöhne die Herabsetzung der Schneiderlöhne nicht gestatten. Die Bauern wollen ihre Erzeugnisse nicht zur Stadt bringen, da sie bei den herabgesetzten Preisen die Arbeitslöhne und sonstige Unkosten nicht decken können. Die Presse weist darauf hin, daß die Wirtschaftsverhältnisse des Landes nicht in 24 Stunden durch einschlägige Maßnahmen geregelt werden können. Hier und dort dauern die Unruhen an. Am Freitag kam es anlässlich einer Volkskundgebung zu einem Zusammenstoß mit Truppen, die Maschinengewehrfeuer abgaben und vier Personen töteten.

### 150 000 Bergarbeiter streiken in England.

Wien, London, 16. Juli. Neuter, 150 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben gestern Abend infolge des Abbruchs der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurde, die Arbeit niedergelegt.

### Englische Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher.

Amsterdam, 16. Juli. Nach einer „Times“-Meldung hat sich das englische Unterhaus zu scharfen Maßnahmen gegen den Preiswucher für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs geäußert. Eine Unterkommission wird Höchstpreise festsetzen, besondere Gerichtshöfe werden ins Leben gerufen und Kontrollkommissionen werden über das ganze Land verteilt.

### Der internationale Kapitalismus.

Genf, 16. Juli. Der „Matin“ meldet aus New York, daß die amerikanische Hochfinanz die Geldbedürfnisse Deutschlands auf 2 1/2 Milliarden Francs schätzt. In der Wallstreet besteht die prinzipielle Bereitschaft, Deutschland finanziell zu unterstützen, jedoch fällt dabei erschwerend ins Gewicht, daß auch die anderen europäischen Länder den amerikanischen Geldmarkt mit etwa 7 1/2 Milliarden Francs in Anspruch nehmen werden.

### Zerfall des Berliner Vollzugsrates.

Berlin, 16. Juli. In der gestrigen Fraktionsitzung der Arbeiter- und Soldatenräte erklärte Prolat, daß es den Genossen nicht zugunsten werden könne, mit den Unabhängigen und Kommunisten in dem Vollzugsrat und den Vollversammlungen noch länger zusammenzuarbeiten. In der letzten Vollzugsratsitzung seien die Kommunisten in der günstigsten Weise über die Sozialdemokraten hergefallen. Alle Redner begrüßten den Vorschlag, aus dem Vollzugsrat auszutreten, mit Genugtuung. Es wurde eine entsprechende Erklärung einstimmig angenommen. An der heute stattfindenden Vorversammlung der Kommunalarbeiterräte werden die Mehrheitssozialisten nicht mehr teilnehmen. Der Zusammenbruch mit den Demokraten wird von verschiedenen Morgenblättern als bevorstehend angesehen.

### Zahlung der Zölle in Gold.

Weimar, 16. Juli. Wie amtlich bereits mitgeteilt wurde, ist gestern das Gesetz betreffend Zahlung der Zölle in Gold vom Staatsrat angenommen worden. Die Bestimmungen, die als Regel die Bezahlung von Zollbeiträgen in Gold verlangen, würden selbstverständlich nicht wörtlich aufgeführt werden. Es könne auch die Summe in Papiergeld bezahlt werden, allerdings ist dann ein Aufschlag zu entrichten, dessen Höhe dann noch zu bestimmen ist. Diese Maßnahmen der Reichsbehörde haben ihren Grund darin, die Zollentnahmen auf irgend eine Art zu erhöhen, wie sie in vielen Ländern bereits vor dem Krieg z. B. in Oesterreich eingeführt waren. Während früher die Zollentnahmen 800 Millionen Mark betragen, sind sie im Jahre 1918 auf 180 Mill. Mark zurückgegangen. Wir mußten eine ganze Reihe von Zöllen während des Krieges aufheben, um überhaupt Waren hereinzubekommen und auch jetzt nach Abschluß des Friedens ist nicht daran zu denken, die Zölle in alter Höhe wieder einzuführen. Es werden Bestimmungen getroffen werden, die an den Zollstationen die Umwandlung von ausländischem Geld zu bestimmten Sätzen ermöglichen. Auch soll Auslandsgold an den Zollstationen in Zahlung genommen werden zu einem Kurse, den die Reichsbank noch festsetzen wird.

8022  
hen.  
Jahr 1919  
den: Im  
der städt.  
Schirme  
zerhaus  
handische  
mit Anhalt,  
Heberarm-  
nglas und  
Berechtigten  
berl. ihre  
Fundstücken  
den beim  
Secretariat  
nd, Zimmer  
u machen,  
das Ver-  
den nach  
durchgeführt  
4977  
Juli 1919,  
feiteramt.  
von Klein  
dital Darz  
4986  
arbeiten  
nen beim  
amt, Kar-  
r. 8 (Ein-  
r.) Zimmer  
alt werben,  
sch die An-  
wuch, den  
So., vor-  
te, einzu-  
Juli 1919,  
Banant.  
rad  
neu, mit  
sowie  
rad  
zu vert.  
Müger,  
te 63. 4993  
ls  
s-Haus  
4, 1 Tr.  
Tull-  
Lüster-  
Rips-  
und  
sche  
cken.  
ware:  
ider,  
ider,  
sphenen.  
roffen:  
en  
ene  
cken,  
nen,  
einen  
tät, keine  
are. 4887  
Baer  
str. 133,  
tr., 1 Tr.  
rt  
olonien.  
4989  
zugänglich  
verlegt

Zur Haltung der französischen Sozialisten.

Verfaßtes, 16. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat keine Verhandlungen beendet. Hinsichtlich der Maßregelung der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, wurde beschlossen, die Stellungnahme dazu den einzelnen Verbänden zu überlassen. Der Nationalrat sprach sich noch für eine Amnestie und für Aufhebung des Belagerungszustandes aus.

Sembat bepricht in der Zeitung „Leure“ den Beschluß des Nationalrats, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, und sagt, es gebe im Friedensvertrag ausgezeichnete Verhandlungen, die aber widerwärtige Tatsachen nicht auf machen könnten. Innerhalb von Jahren müsse dieser falsche, provisorische Frieden seine natürlichen und mörderischen Früchte tragen. Nach Sembat hat die Erklärung der Vertreter aus Elsch-Verträgen in der Hauptsache bewirkt, daß der Nationalrat sich nicht mit der Entkaltung bei der Abstimmung über den Friedensvertrag begnügen wollte.

Außerordentlich scharf kritisiert Rappoport im „Populaire“ den Friedensvertrag. Die sozialistische Partei Frankreichs lehne enttäuscht den brutalen Machtevertrag ab, der einem großen Volk unaussprechliche moralische Erniedrigung zufüge, indem er es außerhalb der Gemeinschaft zivilisierter Völker stelle und es allein inmitten bewaffneter Völker entwalde. „Populaire“ verlangt, daß anlässlich der Beratungen über den Friedensvertrag in der Kammer die französische auswärtige Politik der letzten 25 Jahre reiflos bloßgestellt werde. Es müsse Auskunft darüber verlangt werden, welche Verbrechen die französischen Revolverenden einem Alexander III. oder einem Nikolaus II. gegeben hätten.

Zum Streik in der Uhrenindustrie.

Tuttlingen, 16. Juli. In den Differenzen in der hiesigen Uhrenindustrie wird gemeldet, daß am Montag die Arbeiterchaft mehrere Sitzungen abhielt und zu diesem Zwecke im Hotel „Gast“ und in der evangelischen Kirche Sicherheitsabteilungen zusammengezogen haben. Als die versammelten Arbeiter dies erfuhr, marschierten diese im geschlossenen Zug nach dem Hotel „Gast“ und der evangelischen Kirche, wo sie die Sicherheitsabteilungen entwarfen und die gesamte Munition und die Maschinengewehre abnahmen. Eine Hausdurchsuchung nach Munition verlief ergebnislos. Die Arbeiter haben nunmehr die geforderte Ferienzeit bewilligt, und sich auch entschlossen, die Streikfrage zu bezaheln.

Großer Sturmshaden an der hiesigen Küste.

Palmaris, 16. Juli. An der Küste wütete während zweier Tage ein heftiger Sturm. Die deutschen Dampfer „Danik“, „Sara“ und „Gosha“ die Dampfer „Toro“ und „Den Carlos“, ein Scherendampfer, drei deutsche Sealer, mehrere Rentons und hunderte von Leichter Schiffen und kleinen Booten sind gesunken. Der Schaden wird auf 200 Millionen besetzt. Bis jetzt zählt man 87 Tote und Verwundete, doch glaubt man, daß mehr als doppelt so viele amgetommen sind. Der Sturm hat sich gelegt.

Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Ueber die Vorbereitungen zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führte der Abg. Genosse Stülken in einem längeren Vortrag folgendes aus: Rücktransporte von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saargebiet beheimateten Kriegsgefangenen, nicht stattgefunden. In den Händen der Franzosen befinden sich 850 000, in den Händen der Engländer 195 000 und in denen der Amerikaner 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegsgefangene und 30 000 Zivilgefangene. Die schlimmste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von Seiten der Franzosen zuteil geworden. Im übrigen sind die Klagen gering. Durch die private Opferwilligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden für Kriegsgefangene entgegenkommen. 150 Millionen hat die Reichsregierung zunächst zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei Bedarflichkeit bei der Rückkehr eine Beihilfe von 800 M. bekommen mit Ausnahme von denjenigen, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrat schwelt, also der Ueberläufer. Diese Beihilfe kann in besonders genutzten Fällen bis auf 600 M. erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 M. zuzahlt. Der Redner schloß weiter die ausgezeichnete Organisation, die bereits zum Empfang der Gefangenen in der Heimat vorbereitet ist. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 M. und die Gebühren für 8 Wochen erhalten.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Wiebig.

22 Nachdruck verboten. Sie gähnte. Ein Wind hatte sich plötzlich aufgemacht und schüttelte die schon lang nicht mehr ausgescholten Wipfel des Parkes, daß dürre Zweige prasselten. Na, auch so schütteln und rütteln können! Sei, der Wind hatte Gewalt — sie, jetzt mußte sich der schlafende Stamm beugen, der dort ganz allein stand und sich nicht an andere Bäume lehnte! Krach — her, nieder mit ihm auf die Knie! Auf die Knie! Ein graues und doch wollüstig-weiches Nähnlein öffnete die Lippen der Dame. In der nervösen Unruhe, die sie immer peinigte, wenn draußen so viel Wind gins, eilte sie von Fenster zu Fenster. Noch immer nichts zu sehen! Doch da — halt — was zeigte sich da auf dem Wja Goro, dessen Kopf sich eben aus Regenkleidern wickelte? Neben der einsamen Kiefer, die man immer dort rogen sah, flatterte heute etwas in der bewegten Luft, nicht, wehte, winkte wie ein Grash. Ein Grash! Ihr matter Blick bewegte sich plötzlich, die Augen belamen Glanz. So nah schien ihr heute der Berg gerückt — sie streckte die Hände aus — und dahinter lag Niemeghoel! Heute bei dem schlechten Wetter würde der Baron gewiß zu Hause sein, heute traf man ihn auch daheim, nicht bloß die langweilige blonde Frau! Jadwiga öffnete das Fenster, nicht achtend, daß der Regen die vielen Wellen ihres Haars verborb, die Stasia so sorgfältig gebrannt hatte. Sie streckte die Augen an: was, ließ denn nur der Baron da oben wehen? Wem galt das Zeichen? Ah — eine jähe Enttäuschung lenkte sich über ihre Lippe — eine Fahne war es, schwarz-weiß-rot! „Wui!“ Bornig kurrte die Gargynska das Fenster zu. Daß ihr das auch nicht eingefallen war! Heute war ja der Tag, an dem die Deutschen einst den französischen Koffler gefangen hatten. Und den feierte der deutsche Baron wieder — wie gekhmadlos! — und gab der Nachbarschaft ein Vergnügen.

halten, sodas er annähernd den Betrag von 800 M. mitbekommt. Ein Teil der Gefangenen wird über die Schweiz, ein anderer über Holland kommen. Die Neutralen haben sich um die Fürsorge unserer Kriegsgefangenen stets verdient gemacht. Eine ähnliche Versorgung wie den Kriegsgefangenen wird auch den deutschen Rückwanderern zuteil werden. Die Reichsregierung wird alles tun, um den Rücktransport zu beschleunigen.

Der „Quartorze Juillet“ im Elsch.

Aus St. Ludwig, 14. Juli wird uns geschrieben: Heute geht es hoch her im Elsch, mit mächtigem Pomp wird der „Quartorze Juillet“ in allen Gemeinden gefeiert. Um so die Freude mit vollen Bligen genießen zu können, haben die Feiertaglichen in einer Anzahl Gemeinden des Oberelsches schon am 5 Uhr morgens begonnen mit Glodenläuten und Kanonendonner; die Triflore weht von allen Gwüern und Gebäuden privaten und öffentlichen Charakters und kein Haus entbehrt des französisch-patriotischen Schmuckes, um recht laut der Freude Ausdruck geben zu können über die Wiederkehr zum Mutterlande. Damit auch die Schweizer an dieser Freude teilnehmen können, hat man die Grenzen sehr weit aufgemacht und diese selbst zur Mitwirkung eingeladen. Bei den festlichen Umzügen wirkt die Musikabteilung der Bayerischen Straßensöhner mit und die französische Kolonie in Basel hat in die einzelnen Gemeinden des Oberelsches Deputationen geschickt, um auf diese Weise die Wiederbervereinigung zu feiern. Eine Einladung an die Musik des Polizeikorps zur Mitwirkung in St. Ludwig mußte abgelehnt werden, weil der Vorsteher des Bayerischen Polizeidepartements die Genehmigung hierzu verweigert hat, was von Seiten der Entente Freunde übel vermerkt wird.

Um die Begeisterung für die Wiederansiederung ans Mutterland bis zum Siedepunkt zu bringen, hat der Gemeinderat von St. Ludwig aus Gemeindegeldern 8000 Fr. für Ankauf von Ehrenwein gestiftet und diese Stiftung hat auch tatsächlich ihren Zweck voll und ganz erreicht; der Ehrenwein wurde schon am Vormittag so reichlich genossen, daß man bald nichts anderes mehr hörte, als „Bibi la Fraaach“ und dazwischen gelegentlich noch ein paar „Gottverdammt“. Hoch geht es in der Bürgermeisterei Hünigen und anderen Orten her; überall festliche Umzüge und Anreden der Bürgermeister, pardon „Maîtres“, in denen sie der Freude Ausdruck geben, daß die Sehnucht, die jeder Elschler 49 Jahre lang im Herzen getragen, nun in Erfüllung gegangen ist. Vom Sängling bis zum Greis ist jedes mit dem Tricolorbändchen geschmückt, auch von solchen, die früher die deutschen Orden und Auszeichnungen mit Stolz herumgetragen hatten und nun plötzlich ihr französisch-eheliches Herz entbetet haben.

Einzig die sozialistisch-organisierte Arbeiterchaft steht passiv bei Seite, sie will den patriotischen Rummel nicht mitmachen, weil sie unter dem neuen Regime weniger als je Anlaß hat zu Festeiern, denn selbst nicht in den reaktionärsten Perioden des deutschen Reiches waren sie derartigen Verlorenungen ausgesetzt, wie dies unter dem neuen französischen Regime der Fall ist: Konfiskationen, Verhaftungen, Internierungen, Deportierung von Arbeiter- und Gewerkschaftsführern sind immer noch ständig an der Tagesordnung. Die eheliche Arbeiterchaft rüffel bereits zum Generalstreik auf nächsten Sonntag und Montag; sie läßt durch ihre Presse erklären, daß sie den Solidaritätsstreik der Ententegegnen bis zu den äußersten Konsequenzen mitmacht. Schon droht in Elsch-Verträgen in den allerersten Tagen ein gewaltiger Eisenbahnerstreik, um endlich die Auszahlung aller verbrochener Teuerungszulagen an das Lokomotivpersonal zu erzwingen; diese Bewegung hat aber auch noch einen kleinen charakteristischen Einschlag, denn es wird gleichzeitig auch die sofortige Entlassung aller nichtelastklohringigen, französischen oder luxemburgischen Angehörigen des Lokomotivpersonals verlangt, soweit sich dieselben noch in leitender Stellung der Bahnverwaltung befinden. Gerade dieser Forderung widersehen sich die französischen Behörden, weil es an geeigneten Ersatzkräften fehlt. Die Hoffnung, daß mit Unterzeichnung des Friedensvertrages die Ausweisungen Deutscher aus dem Elsch aufhören

werden, hat sich immer noch nicht erfüllt, denn tädlich erfolgen in den größeren Städten des Elsch noch Massenarrestierungen und die „Commission de Triax“ setzt ihre unheimliche Tätigkeit immer noch fort.

Aus der Partei.

3. Kreis der badischen Nationalwahlen.

Wiederholt werden die Mitgliedschaften darauf aufmerksam gemacht, die Abrechnungen fertig zu stellen und einzuschicken. Eine genaue Angabe der Mitgliedsbeiträge ist notwendig. Adresse: Parteisekretariat Karlsruhe, A. Abele, Luisenstr. 24, Druckerei „Volkstreuend“.

Soziale Rundschau.

\* Lohnspandungen. Ueber die Lohnspandungen hat das Reichsministerium folgendes bestimmt: Ein Arbeits- oder Dienstlohn, der den Betrag von 2000 M. übersteigt, ist zu einem Fünftel des Mehrbetrages der Spandung nicht unterworfen. Hat der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so tritt an die Stelle des Betrags von 2000 M. der Betrag von 2500 M. Der unpfändbare Teil des Mehrbetrags erhöht sich für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, um ein weiteres Zehntel, höchstens jedoch auf sechs Zehntel des Mehrbetrags. Soweit der nichtpfändbare Teil des Lohns den Betrag von 8000 M. bezw. den Betrag von 4500 M. übersteigen würde, unterliegt die Spandung keinen Beschränkungen.

Badische Politik.

Die Unabhängigen und die radikale Genetik.

Wie bereits bekannt gegeben, findet am Sonntag, den 10. August in Kettstatt die Gedenkfeier für die im Jahre 1849 erlochtenen Freiheitskämpfer statt, deren Opfertod von unserer Partei noch jedes Jahr gebührend gewürdigt wurde. Zweifellos hat die Gedenkfeier heute eine erhöhte Bedeutung, wo nach 70 Jahren die Ziele endlich erreicht sind, für die die in Kettstatt gefallenen Freiheitskämpfer ihr Leben gaben. Die Partei hat daher an sämtliche Mitgliedschaften in Baden Einladungen zu Teilnahme ergehen lassen und es ist zu hoffen, daß die Genossen im ganzen Land dazu beitragen, daß sich die Feier zu einer imposanten Kundgebung der politischen Freiheit gestaltet.

Auch der Landesverband der Unabhängigen erklärt einen Aufruf an seine Kreisparteien, Deputationen zu entsenden zu einer Gedenkfeier am 3. August. Die Art, wie dieser Aufruf abgefaßt ist, bringt uns, ich glaube, mit ihm zu befriedigen. Das in gedrängter Form abgefaßte Schriftstück ist eine Musterleistung niedriger Schimperei und direkter Fälschung. Es enthält u. a. folgende niedliche Sätze:

So wie heute ein Mücke die Revolutionäre säffieren läßt und seine feudalen Offiziere und Generale auf die revolutionäre Arbeiterchaft heßt, so wütete zu jener Zeit der „Kartätschenpöppel“, die nachherige Majestät des deutschen Reiches! Zahlreiche Mütterer ihrer revolutionären Ueberzeugung ruhen auf dem Friedhof Kettstatt. Wir grüßen sie, auch dann, wenn sie bürgerliche Revolutionäre waren. Sie waren mutige Kämpfer für ihre Ueberzeugung, eheliche Demokraten, weil wir sie im heutigen „demokratischen Deutschland“ nur noch selten finden. Männer, offen und ehelich, ehelicher und offener wie diejenigen, die heute rechts von uns stehen und sich „Revolutionäre“ nennen.

Die Verräter der jetzigen Revolution, die Mörder unserer Revolutionäre beschuldigen ebenfalls eine Feier für die 48er Revolutionen abzuhalten. Das ist eine absurde Grabschändung! Und wer offen zur Revolution sich bekennt, darf die toten Revolutionäre grüßen, sonst ist er ein elender Heuchler!

Ueberlegen Sie, daß man aus dem letzten etwas Rantusch abgefaßten Satz nicht recht klug wird, scheint es uns viel eher elender Feuchtel zu sein, wenn die Unabhängigen auf den Kettstatter Gräbern Weiden halten wollen, unter denen doch bürgerliche Demokraten ruhen, die für die Ziele der politischen Freiheit ihr Leben ließen, von der äkramtlich die Unabhängigen nichts wissen wollen. Die Diktatur ist doch das Alpha und Omega der unabhängigen Frage, die in untreuen Köpfen schon so viel Unheil angerichtet hat, daß da und dort Militär eingreifen mußte, um Ordnung zu schaffen und die von ihnen auf Mäwege ge-

Horrenhaus und auch stolzer keins auf vorgehobenem Posten!

Es war eine Verantwortung, die der Vater, der jetzt längst am See unterm Stein schlief, mit Deutschen auf seine Seele legte; aber auch eine Genugtuung. Damals freilich, als der Tod des Vaters ihn jäh vom Regiment abberufen hatte, er nur die Verantwortung gestiftet — achtundzwanzig Jahre, so jung noch, und ein so großes Gut und so erhellte Zeiten! Aber jetzt? Drüß Jahre seitdem allein geirrt, schloß und jeden Fußbreit Erde haben gelernt, noch ganz anders lieben, als der Knabe den Väter geliebt, auf dem es gespielt. Sollte er doch darum gekämpft in Sonnenhitze und Regen, in hellen und dunklen Tagen, in arden und schlechten Ernten, gekämpft auch darum gegen Willkür und Unverständnis! Ja, die Zeiten waren noch dieselben geblieben, immer noch ernst, dem Anschein nach jetzt fast wirra noch, aber — Gott sei Dank! — es waren Männer aufgestanden, die die Fahne des Deutshums hochhielten unentwegt!

In einem jäh aufwallenden Gefühl klossen ihm Tränen in die Augen, aber er wischte sie hastig weg. Wui, ein Mann auf der Höhe des Lebens und noch weinerlich wie das Jungfer, das Pelotia einst an der Wintel gepängelt! Mochte man ihn lieber für kalt halten und für hochmütig dazu — er wachte es, Paul Keiner hatte es ihm lockend erzählt — lieber dafür gelten, als aller Welt zeigen, wie empfindlich man ist, schier überempfindlich, zum Darunterleiden! Selbst Pelotia durfte nicht alles merken — war es Mühsicht, war es eine gewisse Scham? — ach, nur ja nicht an alles rühren, er war ihm peinlich, wenn sie auch jene Frau war und doch eine Frau, wie es keine zweite mehr auf Erden gab!

Mit einer tiefinnerlichen Begeisterung dachte er hoer. Das hätte er selber nicht gedacht, als er sich damals auf seinem letzten Hofball in das schilfgrüne, blonde Randbräulein mit der herben Jugenddröbigkeit verliebte, daß er so glücklich werden würde! Die herbe Jugend war mütterliche Weidheit geworden, die mädchenhafte Schüchternheit barneunte Zurückhaltung.

(Fortsetzung folgt.)

festig rief sie am Klingelzug. Als Stasia kam, ließ sie sich ein schwarzes Kleid bringen, ein Trouserkleid mit Crepe — sie hatte es unlängst um ihre Mutter getragen — und legte es heute wieder an und hatte heute auch Tränen in den Augen.

Die Gargynska hatte recht gesehen, auf dem nackten Sandbuckel des Wja Goro wehte die deutsche Fahne.

Dolehthal hatte sie aufdrücken lassen, trotzdem es eine große Mühe gewesen war, die Stange in dem vom Regen unterwühlten, rutschenden Sand festzurammen. Er selbst war mit den Arbeiten hinausgegangen. Und als sie nun die Arbeit vollbracht — selbst der deutsche Stellmacher Kraus hatte im fremdenen Regen dabei gestützt — war er allein noch oben geblieben.

Schlapp hing der Wimpel an der Stange nieder, Känder von Nässe; aber nun kam blitzweh ein Wind, hob mit starkem Atem das Tuch in die Höhe und blähte es hüftig. Die deutsche Fahne klagte vom Hügel weit ins flache Land.

Sonnens-Martin hatte den Arm um die Stange geschlungen. Im war, als müßte er, wie einst als Knabe, fröhlich die Mühte vom Kopfe reißen und sie mit „Surra“ künden.

Siehe, es hat genug gerechnet! Auseinanderweichend zeigte plötzlich das Wolfengefüge, das so undurchdringlich gediehen einen fein-blauen Streif. Es war doch kein Randregen gewesen, nur der Nachregen eines Gewitters, das irgendwo fern niedergegangen. Schon hoben sich die säworen Nebel von den Wädem, gerissen vom wüdernden Ost. Es war kühl geworden, fast kalt, aber wie lange nach, und die Sonne würde auch wieder kommen und wärmen. Wind und Sonne, die trocken rasch.

Der Niemeghoer drehte den Kopf nach der Richtung, wo er seine letzten Mandeln wachte. Morgen würden die umgestellt heute nicht; heute war Festtag, Rubetage wie ein Sonntag! Am, die paar Mondeln würden ja auch nach trocken hereinkommen!

In einem Gefühl großer Sicherheit sah er zu dem sich immer mehr und mehr kündernden Himmel auf, und dann hinaus ins weite Land, in die Niefenebene bis gen Fußland und dann zurück auf sein Deutshum. Schöner lag kein anderes

Warten bedauernswerten Elemente zur Nation zu bringen. Diese Notwendigkeiten auf eine Stufe mit jenen Forderungen in Aussicht zu nehmen ist eine direkte Fälschung. Nicht solche Leute haben auf den Reichstag zu tun.

**Wichtige Kritik der Unabhängigen.**

Aus Stodach wird berichtet: Wie erinnerlich hatte die Unabh. Sozialdem. Partei hier im vorigen Monat den Rücktritt des Amtsvorstandes Dr. Paff zu erzwingen versucht, dem vorgeworfen wurde, er bestrebe wegen der im Kommunalverband herrschenden Mißstände das Vertrauen der Bevölkerung nicht mehr. Das Ministerium des Innern ordnete daraufhin eine eingehende Prüfung der Geschäftsführung des hiesigen Kommunalverbandes an, zu der auch der Führer der hiesigen Unabhängigen, Rechtsanwalt Wielandt, sowie Vertreter der Stodacher Arbeiterschaft hinzugezogen worden waren. In einer längeren amtlichen Darstellung in der „Karlser Ztg.“ wird das Ergebnis dieser Untersuchung dargelegt und dahin zusammengefaßt, daß sowohl der Amtsvorstand, als der Geschäftsführer des Kommunalverbandes ihre Aufgaben mit großer Umsicht, Sorgfalt und Pünktlichkeit erfüllt haben. Auch die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, mit dem 2. Vorsitzenden der Unabh. Sozialdem. Partei, sie hätten gegen die Geschäftsführung des Kommunalverbandes nichts einzuwenden.

Die Unabhängigen sind im Kritischen bedeutende Absteiler, nur im Bestreben sind sie klein. In ähnlicher Weise wie in Stodach sind sie auch in Karlsruhe mit Angriffen gegen das Regierungsmittelamt hertretend.

**Finanzministerkonferenz.**

Karlsruhe, 16. Juli. In der Sitzung des badischen Haushaltsausschusses vom 15. Juli machte Finanzminister Dr. Wirt über die Finanzierung der Finanzen folgende Mitteilungen: Es soll die Gesetzgebung über künftige Steuerquellen nur dem Reich zuzuwenden und die eingelegten Entschlüsse sollen noch einem noch aufzustellenden Entwurf zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Lebensfähigkeit aller Beteiligten erfolgen. Die gesamte Finanzverwaltung der Abgaben soll von einer Zentralstelle einheitlich geleitet werden.

Nach Auffassung des Finanzministers bedeutet dieses Verlangen der Reichsregierung das größte Opfer, das man einem Bundesstaat überhaupt zumuten könne. Das Verlangen bedeutet die Aufhebung der bundesstaatlichen Selbständigkeit. Es müßte dabei wohl beachtet werden, daß die mit den Ausgaben der Bundesstaaten kontingentiert werden und daß ihre künftige Entwicklung sich nur im allerengsten Rahmen vollziehen werde. Das Reich beabsichtigt, die Bundesstaaten in einem noch zu bestimmenden Umfang teilnehmen zu lassen an den Erträgen gewisser Steuern, wie der Einkommensteuer und Erbschaftsteuer. Die Bundesstaaten hätten dann noch die Gelegenheit, besondere Ertragsteuern oder etwa die Vermögenssteuer für sich auszubauen, sofern das Reich auf die bereits eingebrachte Vorlage der Vermögenssteuer verzichte. Aber auch die Gemeinden verlieren das Selbstbestimmungsrecht über ihre wichtigsten Finanzquellen. Sie werden nach Meinung der Reichsregierung sich von Bundesstaat einen gewissen Teil der aufzukommenden Einnahmen, die vom Reich erhoben werden, zubilligen lassen müssen. Damit wird die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden im wesentlichen beseitigt; sie werden der strengen Aufsicht des Bundesstaates hinsichtlich ihrer Ausgaben unterworfen. Der Finanzbedarf des Reichs, der die Staaten und der Gemeinden werde auf die Kosten, die aus dem Friedensvertrag mit Gewalt aufgewandt hat. Der badische Landtag werde sofort zu dieser wichtigen Angelegenheit Stellung nehmen müssen.

**Redaktion des „Volksfreund“.** Der seit dem Ableben des Gen. W. K. Kolb vakante Posten des leitenden Redaktors des „Volksfreund“ wurde nunmehr lt. Beschluß des Landesverbandes und der Kommission des Gen. Georg Schäpflin übertragen. Schäpflin ist Mitglied der Nationalversammlung und befindet zur Zeit im Amt in der preußischen Verwaltung. Er ist Bodener, ein Sohn des Schwarzwaldes (Räuber) und hat eine langjährige erfolgreiche journalistische Tätigkeit als Redakteur größerer Parteizeitungen („Vorwärts“, „Leipz. Volkszeitung“, „Sächs. Volksblatt“) hinter sich, wozu er überzeugt ist, daß die Finanzen eine gute Wahl getroffen haben. Gen. Schäpflin wird Anfangs September seinen Posten antreten.

**Ein Landarbeiterrat.** Der Landtag wird mit dem Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes eine Verordnung über die Einführung eines Landarbeiterrates zugehen. Diese Körperschaft soll aus 12 im ganzen Land gewählten Vertretern der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Wadens bestehen; er erhält selbständige Befugnisse. Wenn soziale und andere Arbeiterfragen zu regeln sind, tritt der Vorstand dieses Landarbeiterrates mit dem Vorstand der Landwirtschaftskammer zur Beratung zusammen. Stehen diese Fragen aber in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer zur Debatte, dann nehmen sämtliche Mitglieder des Arbeiterrates an der Vollversammlung teil.

**Deutsche Nationalversammlung. Keine Abschaffung der Todesstrafe. Filmzensur. — Das uneheliche Kind.**

17. Weimar, 16. Juli. Am Regierungstisch Dr. Preuß, Dr. David und Dr. Well.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 9.50 Uhr. Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird fortgesetzt. Es liegt ein Antrag Auer (Soz.) und Gen. auf Einführung eines Artikels 118a betr. Abschaffung der Todesstrafe vor. Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (U.S.) zum Artikel 115 mit demselben Inhalt.

Abg. Sinheimer (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freirechtlicher und religiöser Parteien ist. Es ist Aufgabe des Senates, die Wahrung des Menschenlebens zu beschließen. Er müsse den Grundgedanken verteidigen, daß das Menschenleben an sich unerblicklich ist. Regierungskommissar Dr. Preuß: Ueber die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts. Ich glaube, daß die Entscheidung im Sinne der Antragsteller fallen wird. Wir dürfen aber der Spezialgesetzgebung nicht vorgreifen. Nur in diesem Sinne trete ich für Ablehnung des Antrages ein.

Abg. Dr. Brünger (D.N.): Die Behauptung, daß die Gelehrten über die Frage einig seien, ist vollkommen unrichtig. Die beiden Theoretiker und Praktiker, sowie auch die Strafrechtswissenschaften hat sich in wiederholten Gutachten für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen.

Abg. Kahl (D. V.): Der Antrag ist zweifellos vom Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit sind nicht richtig gewählt. Auch der Reichsminister erkannte an, daß die Reichsverfassung nicht der richtige Ort ist. Wenn ein Mensch nicht das Recht hat, einem anderen das Leben zu nehmen, so hat es doch der Staat zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Auch der heutige Staat macht ungenügend von diesem Rechte Gebrauch.

Abg. Cohn (U.S.): Was wir beantragen, ist ein Teil der Ruhe, die das Volk sich auferlegen muß, in einer anderen Wertschätzung des Menschenlebens. Im höchsten Maße handelt es sich um eine moralische und politische Frage.

Abg. Kaufmann (Dem.): Wir werden nicht die Verfassung noch weiter belassen und diese wie alle neuen Anträge ablehnen. Die Frage ist eine Kulturfrage. Sie gehört aber nicht in die Verfassung. Diejenigen haben nicht das Recht, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, die fortgesetzt an die Gewalt appellieren und die Handgranaten für das beste Mittel erklären, auch diejenigen, die die Geiseln erschließen lassen, und Offiziere, die ihre Pflicht tun, beim Schwimmen tot schießen und ertrinken (Lärm links).

Abg. Dr. Köstlich (D.N.): Gewichtige Momente sprechen für die Abschaffung der Todesstrafe, aber es gibt nun einmal Verbredchen, die nur dadurch gesühnt werden können, daß der Verbrecher das Letzte, was er hat, hergibt, sein Leben. Gerade die letzte Zeit der Revolution ist der ungeeignete Zeitpunkt, die Todesstrafe abzuschaffen. (Unruhe und Lärm bei den U.S.). Damit schließt die Besprechung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenmehrheit mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Art. 117 spricht das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schand- und Schmutzliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schauspielen und Darbietungen geeignete Maßnahmen zulässig. Ein demokratischer Antrag will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er nur gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schand und Schmutz in Wort, Schrift und Bild sowie öffentliche Schauspiele und Darbietungen und Lichtspiele zulassen will.

Ein unabhängiger Antrag will gleichfalls die Filmzensur beseitigen.

Abg. Busche (Dem.): Mein Antrag will den letzten Rest der Zensur, nämlich die Möglichkeit einer Filmzensur beseitigen und damit die Verfassung erleichtern. Zur Bekämpfung der Entartung reichen die bestehenden Gesetze vollkommen aus.

Abg. Kinnen (U.S.) begründet den unabhängigen Antrag als er am Ende seiner Rede erklärte: Es handle sich bei unserem Antrag um eine positive Maßregel im Interesse der Jugend- und Erziehung, und wenn dieses Haus auch nur einen Funken von Verständnis für diese wichtige Frage hat, so muß es unserem Antrage zustimmen, sagt

Präsident Fehrenbach: Das ist eine Bemerkung, die ich für meinen Teil nicht ruhig hinnehmen darf, die ich entschieden zurückweisen muß.

Abg. Muehlen (D.N.): Der Menschheit ganzer Kammer faßt einen an, wenn man bedenkt, daß dem deutschen Volk nur die Filmindustrie für seine Erholungsstunden geboten wird. Ohne Filmzensur geht es nicht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Abg. Dr. Cohn (U.S.) und dem Präsidenten Fehrenbach, in dessen Verlauf der Abg. Cohn erklärt, namentlich in der letzten Zeit hat es der Präsident und gegenüber an Objektivität fehlen lassen. (Unruhe im ganzen Hause).

Präsident Fehrenbach: Zu dieser Verabredung haben Sie nicht den wirbsten Anlaß. (Lebhafter Beifall bei einem großen Teil des Hauses. Zuruf der U.S.: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen!)

Abg. Dr. Cohn wagt dann sachliche Ausführungen und führt aus: Der Vorstand der U.S. hat im englischen Zusammenhange mit der Regierung. Ruder haben wir sogenannte Durchhaltepolitik erlebt. Es ist das peinlich, daß wir jetzt parteipolitisch gefärbte Regierungskritik erhalten werden. (Anstehende Schlußrufe).

Abg. Kaufmann (Dem.): Der Antrag der U.S. ist an sich vernünftig aber in der Verfassung gefordert er nicht. Er ist vielmehr ein Beispiel für die Nichtachtung der Verfassungsbestimmungen, die jeden Maßstab beseitigen lassen. Auch der Abg. Kaufmann hat für die Meinungsäußerungen die Unterwürigkeit einer Würdigung und solchen Erlebung ausgeht. Das Gegenteil ist einzuwirken. Die agitatorischen Verleumdungen der U.S. bedeuten einen Schaden für das ganze Geschlechtsbewußtsein. (Leb. Beifall. Lärm und Widerspruch bei den U.S.)

Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Cohn über das Verbrechen eines Fonds des Reichspräsidenten für die Unterstützung der Filmindustrie.

Abg. Cohn (U.S.): Dem Abg. Kaufmann wird der Abg. Cohn die richtige Antwort erteilen. Kaufmanns Angaben sind unvollständig.

Abg. Kaufmann (Dem.): Meine Ausführungen entsprechen den Tatsachen und ich weise es als unerhört zurück, daß der Abg. Cohn sie als unwahr bezeichnet.

Abg. Krätzig (Soz.) bestätigt die Feststellung des Abg. Kaufmann.

Der Artikel 117 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Während der Abstimmung tritt plötzlich ein Besucher des dritten Rangens an die Brust und wirft ein großes Paket Flugblätter und Traktate in den Saal. Es entstand eine große Unruhe. Auf den Flugblättern steht: Danksagen gegen Weimar! Auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberbada angekündigt.

Ueber den zweiten Abschnitt der Grundrechte, der das Gemeinschaftsleben behandelt, berichtet

Abg. Dr. Everle (Centr.).

Artikel 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die Gründung, Reinerhaltung und soziale Förderung der Familie als Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde. Kirbverträge Familien haben Anspruch auf eine ausgleichende Fürsorge.

Nach Art. 119 ist die Erziehung des Nachwuchses Pflicht und Recht der Eltern, über deren Befähigung die Staatsgemeinschaft wacht.

Zu den liegen verschiedene demokratische, sozialdemokratische und unabhängige Anträge vor, die sich vor allem mit der Stellung des unehelichen Kindes befassen. Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt.

Abg. Frau Wühl (Soz.): Die Vorschläge des Ausschusses sind mangelhaft.

Abg. Frau Reubens (Ztr.): Eine Gleichstellung der Ehe mit anderen Verbindungen würden wir für verhängnisvoll halten. Auch die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen geht zu weit. Gewiß soll es eine rechtliche und gesellschaftlich gesicherte Stellung erhalten.

Abg. Frau Bränner (Dem.): Meine Fraktion meint, daß die Rechte der unehelichen Kinder nicht in der Verfassung, sondern in einem besonderen Gesetz festgelegt werden sollen.

Abg. Frau Wierke (D.N.): Ich bin der Meinung, gegenüber den Verurteilten, die Mütterlichkeit mit der Ehe gleichzustellen, daß

Ehe und Familie im Volksbewußtsein ihren besonderen Platz behalten müssen.

Abg. Frau Bieh (U.S.): Der bisherige Rechtszustand ist eine große Ungerechtigkeit gegen das uneheliche Kind.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Burtage (Ztr.) und Kagenstein (Soz.) behandelt

Abg. Kuhnert (U.S.) ausführlich die Aufgabe des von ihm geforderten Reichsministeriums für Volkshygiene und wird vom Vizepräsidenten Kaufmann auf die Heberführung der vereinbarten Redezeit wiederholt hingewiesen. (Zuruf der U.S.: Es gibt keine Redezeit.) Damit schließt die Debatte. — Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr: Verfassungsentwurf. — Schluß 1/3 Uhr.

Berlin, 16. Juli. Laut „Vorwärts“ stimmte der Staatenschauspiel in Weimar gestern einem Gesetze zu, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienste gestanden haben.

**Das Reichsiedelungsgesetz.**

Weimar, 16. Juli. Der Entwurf zum Reichsiedelungsgesetz war vor kurzem an die Kommission zurücküberwiesen worden, die eine allgemeine Bestimmung hinarbeiten sollte, bis zu welcher Mindestgröße Grundstücke enteignet werden sollten und zwar hauptsächlich, weil in Hessen die sozialistische Mehrheit in ihrem Entwurf zum Siedelungsgesetz Enteignungen bei Grundstücken bis zu 20 Morgen hinunter vorgezogen hatte. Auf Antrag der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei beschloß nun der Ausschuss, daß Enteignungen nur bei Grundstücken von über 100 Hektar Umfang nicht vorgezogen werden dürfen. Dieser Beschluß wurde mit 14 gegen 12 Stimmen gefaßt, wobei die überstimmten 12 Mitglieder sich aus 11 Sozialdemokraten und einem Zentrumsgesandten zusammensetzten. Es ist also wenig wahrscheinlich, daß das Plenum diesem Beschluß seine Zustimmung geben wird. Die überstimmten 12 Mitglieder äußerten sich über die Enteignung von Grundstücken sehr radikal und wollen überhaupt keine Mindestgrenze festgelegt wissen. Sie gehen damit also noch über den Entwurf der hiesigen Sozialisten hinaus.

**Kommunalpolitik.**

**Bürgerentscheidung in Durmersheim.**

Durmersheim, 14. Juli. Der neue Bürgerentscheid trat am letzten Samstag erstmals zu einer Sitzung zusammen. Eine neue Entscheidung war schon die vollständige und pünktliche Antwesenheit der neuen Gemeindeverordneten. Die Begründung des Bürgermeisters Peter offenbarte dagegen deutlich die Rücksichtlosigkeit, sie zeigte, daß er seinen bürgermeisterlichen Beruf befehle hat. Nach ihm sind wir seit der Revolution immer weiter gesunken: die Juden und christlichen Juden füllen ihre „Geldstühlen“, die Regierung ist unfähig und kann keine geordneten Zustände schaffen. Die Lohnforderungen der Arbeiter sind ein Unfug und — nur der Bauer blieb in dieser Beziehung ungetadelt und unerwähnt. Für diesen blühenden Wucher hat unser Oberhaupt keine Augen! Ueber den Fall des Herrn Bürgermeisters wollen wir uns nicht weiter auslassen, aber doch bemerken, daß er nach Ansicht eines starken Teils der Einwohner den „Fähigkeitsnachweis“ als Bürgermeister trotz seiner achtjährigen Regierungszeit noch nicht erbracht hat. — Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde in Anbetracht der Geldentwertung das Einlaufsgeld in das Bürgerrecht einmütig erhöht von 80 M auf 120 M, wenn beide von auswärts sind, von 30 M auf 60 M, wenn nur der eine Teil von auswärts ist. — Der zweite Punkt betraf den Verkauf von Baugebiete für 7 Kleinhäuser an der alten Sandgrube unterhalb der Pödesheimer Kirche gelegen. Besondere Freude konnten diese Paupläge wegen ihrer nicht gerade günstigen Lage nicht auslösen. Dem Verkauf mit 50 % pro Quadratmeter wurde auch von unserer Fraktion zugestimmt. — Ein Antrag auf Ankauf von Straßengelände zur Durchführung der Tafelstraße mußte wegen notwendiger weiterer Vorbereitungen von der Tagesordnung abgesetzt werden. — Dem Totengeld wurden keine Anträge, 5 M statt bisher 3 M für ein Grab und 3 M statt bisher 150 M für ein Kindergrab zu fordern, anstandslos genehmigt. — Für den neuen Feldhüter Adolf Hill, den der Gemeinderat schon seit 15 Juni vertraglich verpflichtet hatte, wurde der angeforderte Gehalt von 1000 M nebst 200 M Feuerungszulage seitens unserer Fraktion und der Mehrheit des Zentrums abgelehnt unter der Begründung, daß für solche Gemeindeväter in erster Linie taugliche Arbeitsbeschäftigte in Frage kommen müssen und nicht Leute, die Selbstverfolger sind und schon ein Gemeindevater inne haben. — Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurden 76 800 M als Heberentwässerungszulage (pro Kopf der Einwohnerzahl 20 M statt den bisher bewilligten 10 M) zur Erstellung des Ortskanals für Lieferung von elektrischer Energie durch das Wurgkraftwerk in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse bewilligt. — Die erste Sitzung verlief befriedigend für die Fraktionen des Bürgerentschusses, sie wird dagegen den Gemeinderat etwas zur Vorfrist mahnen. Durch Schaffung dauernder Kommissionen, hauptsächlich aus Mitgliedern des Bürgerentschusses und des Gemeinderates bestehend, soll den Notständen in hiesiger Gemeinde besser als bisher gesteuert und die Gemeindeverwaltung erleichtert werden.

**Weingärten.**

15. Juli. Die Elektrizitätsfrage vor dem Bürgerentscheid. Die am Montag stattgehabene Sitzung des Bürgerentschusses beschäftigte sich mit der Einführung der Elektrizität und mit einer zu diesem Zweck durch die Gemeinde bei der hiesigen Sparkasse aufzunehmenden Anleihe von 200 000 M. Den einleitenden Vortrag hielt Herr Oberingenieur Geratowski von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Die Parteien erklärten sich sämtlich mit der Einführung der Elektrizität einverstanden, übten aber eine sehr scharfe Kritik an den hohen Installationspreisen seitens des Installationsverbandes. Auf Vorschlag unserer Fraktion wurde eine Kommission bestimmt, die in dieser Angelegenheit beim Arbeitsministerium vorstellig werden soll. Die Vorlage selbst und die Aufnahme eines Anlehens von 200 000 M wurden einstimmig genehmigt.

Lebensmittelmilde in Dettringen. Wie in so vielen Landorten, hat auch die hiesige Einwohnerschaft, soweit sie nicht zu den Selbstverorgern gehört, unter der Lebensmittelmilchere zu leiden. Schon die Art der Verteilung der Lebens- und Bedarfsartikel fordert zur schärfsten Kritik heraus. Billige Waren, wie z. B. Wollfaden, werden an die Vermittelten ausgegeben, während Fett das Pfund für 19 M für die arme Bevölkerung referiert ist. Die billige Ware wird eben im Bekanntenkreis abgesetzt. Es sollen auch Einzeln 6 Pfr. Zuder auf einmal erhalten haben, worunter andere doch sicher zu leiden haben werden. Fleisch erhält die Bevölkerung sehr selten, jedoch in den Wirtschaften ist solches zu 6 M das Pfund zu haben. Am verflohenen Jahrmart merkte man nichts von Fleischnot. Wie man hört, sollen circa 20 Stück Groß- und Kleinvieh auf diesen Tag geschlachtet worden sein.

Im diesem Stande ein Ende zu machen, haben die Sozialdemokraten am 7. Juli eine Demonstration veranstaltet, bei der dem Bürgermeister unsere Forderungen dargelegt wurden. Es wird Aufgabe unserer neugewählten Genossen sein, beim Kommunalverband nach dem Rechte zu sehen und Vorkehrungen zu treffen, damit auch hier die versorgungsbedürftige Bevölkerung berücksichtigt wird.





